



### Bildung als Investition in die Zukunft? Grundsätzliche Überlegungen zur Hochschulfinanzierung

**Paderborn/Berlin (sp). Dass den Hochschulen Geld fehlt und dass nicht nur Fächer angeboten werden sollten, die kurzfristig wirtschaftlich interessant sind, ist uns ja schon länger bekannt - so langsam setzt sich diese Einsicht auch in anderen Kreisen durch.**

So ließ der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), Bernhard Kempen, zu dem Thema: „Wenn wir jetzt nicht investieren, dann haben wir in zehn Jahren eine Rechnung die wir nicht mehr bezahlen können.“ Folge seien Einsparungen besonders bei kleinen und geisteswissenschaftlichen Studiengängen, „die vermeintlich volkswirtschaftlich keinen Ertrag bringen“. Auch die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eva-Maria Stange, erklärte, dass vor der Schaffung von Elite-Hochschulen erst einmal die Hochschulen in der Breite erhalten bleiben müßten. „Wir haben in allen Bundesländern einen immensen Abbauprozess.“, so Stange.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gibt an, dass von 1980 bis 2001 die Ausgaben pro Studierende/n für die Lehre um 15,4 Prozent gesunken ist. Für den Zeitraum von 2001 bis heute liegen keine verlässlichen Daten vor, der weitere Abwärtstrend läßt sich

aber aus steigenden Studierendenzahlen bei gleichzeitiger massiver Kürzung der Mittel direkt ablesen. Dieser Trend wird auch für die Zukunft anhalten. Auf der einen Seite fordert die Bundesregierung - nach OECD-Zahlen betrachtet auch berechtigt - dass die Zahl der Studierenden in Deutschland weiter steigen müsse, auf der anderen Seite kürzen die meisten Bundesländer die Hochschulausgaben in nicht unerheblichem Maße.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) heißt die neueste Sparrunde Hochschulkonzept 2010 (HoKo 2010). Es sollen bis zu 30 Prozent der Kapazitäten - sprich Stellen - abgebaut werden. Als direktes Argument für Stellenstreichungen wir hier das Betreuungsverhältnis pro Studierende/n genommen. Ist die Betreuung an einem Standort überdurchschnittlich gut, so werden entsprechend mehr Stellen gestrichen. Dabei ist selbst der Status „überdurchschnittlich“ keine Garantie für ein angemessenes Verhältnis von Studierenden zu Lehrenden. Mit einer Erhöhung der Kapazitäten aufgrund des Anstieges der Studierendenzahlen käme diese „verschlankte“ - um nicht zu sagen verhungerte - Hochschule dann natürlich noch weniger zurecht, als heute schon teilweise bemängelt. Seminare in Hörsälen, nicht kontrollierte Übungszettel, überfüllte Vorlesungen würden

dann noch mehr zur Selbstverständlichkeit als sie es heute schon sind.

Bernhard Kempen sagte, „Es ist löblich, dass sich langsam die Erkenntnis durchsetzt, dass Investitionen in Bildung und Wissenschaft Investitionen in die Zukunft sind.“ Als Sofortmaßnahme müßte dringend die personelle Ausstattung an den Hochschulen verbessert werden, optimalerweise durch groß angelegte Personalprogramme im Verbund mit den Ländern. Soweit gehen wir auch noch d'accord mit dem Präsidenten des DHV, allerdings fordert er weiterhin, dass Hochschulen nach amerikanischem Vorbild mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb bekommen. Dies würde bedeuten, dass auch eine Autonomie in Finanzfragen erreicht werden müßte. Wie Hochschulen aber USA-typische Millionen- oder Milliardenbeträge an Stammkapital aufbauen sollen, ist unklar. Die Auswirkung von Stiftungshochschulen als mutmaßlich realistisches Mittel auf die Hochschulen ist noch unklar und scheint in Niedersachsen durchaus problematisch in der Umsetzung zu sein. Vor der Umsetzung des Modells in anderen Bundesländern sollten also zumindestens die Erfahrungen in Niedersachsen abgewartet und vernünftig ausgewertet werden.

Als andere beliebte Finanz-

#### Inhalt

Hochschulpolitischer Sprecher der CDU stellt sich Fragen der Studierenden.	2
Enttäuschung über 21. BAföG-Änderungsgesetz.	6
Studiengebühren: VG ordnet aufschiebende Wirkung an.	7

#### Termine

**18. und 19. Mai 2004**  
**Spende Blut** Das Deutsche Rote Kreuz bittet am Dienstag und Mittwoch die Studierenden von 10-16 Uhr wieder um ihren roten Saft.



**Frida**  
**18.05.2004 - 20:30 Uhr**  
**im Hörsaal H1**

Der Film Frida, ausgezeichnet mit zwei Oscars, erzählt die Geschichte der Malerin Frida Karlo, die von 1907 - 1954 lebte.  
[www.asta.upb.de/~filmclub](http://www.asta.upb.de/~filmclub)

**13. Mai 2004 - 18 Uhr**  
**„Die Wiedervereinigung Europas als Historische Chance und Herausforderung“.**

Im Audimax findet eine Veranstaltung des internationalen Instituts für europäische Bildung statt. Angekündigt haben sich EuroäerInnen bzw. ParlamentarierInnen aus allen 25 EU-Ländern.

quelle werden immer wieder Studiengebühren angeführt. Hier geistern die verschiedensten „sozial-verträglichen“ Modelle durch die Köpfe. Ob jetzt realisiert wie in NRW Strafgebühren für Langzeit-, Zweit- und Seniorenstudierende oder auch als Planung wie diverse Modelle, die allgemeine Studiengebühren in Höhe von 250.- bis 500.- Euro als „Einstiegsangebot“ vorsehen und meistens nachgelagert gezahlt werden sollen. Beispiele wie Australien zeigen leider, dass wie bei den meisten neuen Angeboten die Preise schnell steigen können. So waren hier 1989 auch 250 australische Dollar pro Jahr fällig - 1997 waren es dann schon bis zu 6.000 und dieses Jahr ist geplant, diese erneut um 25% zu steigern. Der Weg dieser vermeintlich moderaten und „sozial vertäglichen“ Gebühren ist also wohl schon vorgezeichnet. Von den Befürwortern der nachlaufenden Gebühren bekommt man auf die Frage, wie man diese Entwicklung hierzulande verhindern will, die Antwort, man „müsse halt aufpassen“ dass sich das so nicht entwickle. Haben wir etwa nicht aufgepasst, als das Studienkontenmodell kam, das Hochschulkonzept 2010, die BAFöG-Reform - Mitspracherecht wurde uns - wenn überhaupt - nur pro forma erteilt.

Aber auch rein ökonomisch gibt es gute Argumente, warum keine Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen erhoben werden sollten. Wie schon erwähnt, gibt es in Deutschland im internationalen Vergleich noch unterdurchschnittlich viele Studierende. Da es sich aber nach ökonomischer Sichtweise einen Arbeitsmarkt mit den üblichen Marktbeziehungen gibt, bedeutet ein geringes Angebot einer „Ware“ bei einer vorhandenen Nachfrage, dass der Preis dieser „Ware“ hoch ist.

Studiengebühren haben allerdings nach diversen Studien einen abschreckenden Charakter. Daraus folgen geringere Studierendenzahlen und somit auch weniger Akademiker/innen. Nach den Gesetzen des Marktes wird dadurch der Preis für Akademiker/innen steigen. Dies wirkt sich wiederum auf die Preis für Waren und Dienstleistungen aus, an deren Produktion Akademiker/innen beteiligt waren. Somit steigen die allgemeinen Lebenshaltungskosten. So entsteht im Grunde vereinfacht gesagt so etwas wie eine allgemeine Studiensteuer.

Aufgrund des entgangenen Glättungsvorteils durch die Steuerprogression zahlen schon heute Akademiker/innen wegen der durchschnittlich höheren Einkommen auf ihr Lebenseinkommen mehr Steuern als Nicht-Akademiker/innen. Sogar soviel mehr, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen die Kosten für ein Studium decken. Dadurch besteht im Grunde schon heute eine Art Studiensteuer.

Wir benötigen eine Reform der Hochschulen, wir benötigen desweiteren auch eine Reform der Hochschulfinanzierung. Die Politik führt hier gerne Argumente wie „die Kassen sind leer“ und „es gibt ja keine Alternativen“ ins Feld.

Geld ist genug vorhanden, es ist nur falsch verteilt. Hier wäre eine ganzheitliche Steuerreform sinniger als Schnellschüsse wie Stiftungshochschulen ohne auf Erfahrungen zu warten oder die Einführung von Studiengebühren. Und es ist gerade Aufgabe der Politik, Alternativen zu finden und zu bewerten.

Wenn zur Einführung von Studiengebühren gesagt wird, dass 250 Euro je Semester in NRW um die 100 Millionen Euro pro Jahr einbringen würden, klingt

dies erstmal nach einer soliden Finanzquelle. Wenn man bedenkt, dass schon die Universität Paderborn alleine mehr Mittel im Jahr zur Verfügung hat, so ist dies nicht mal der gern zitierte Tropfen auf den heißen Stein.

Wir benötigen eine Autonomisierung der Hochschulen - damit stimmen wir auch mit den meisten bildungspolitischen Meinungen überein. Wir benötigen aber auch eine Demokratisierung der Hochschulen. Hier ist z.B. die Reform des Hochschulgesetzes (HG) in Nordrhein-Westfalen ein Schlag ins Gesicht der Gruppenhochschule. Dieses Dokument sieht nicht den Abbau von Demokratie an der Hochschule vor. Wir Studierenden sollen aufpassen, dass nicht an der Gebührenschraube gedreht wird, dass die Freiheit der Lehre gewährleistet bleibt, dass ein Studium studierbar bleibt. Wie dies aber ohne Mitbestimmungsrechte vonstatten gehen soll, ist mir leider bisher noch ein Rätsel.

#### **N24: Uringestank und veraltete Bücher**

<http://www.n24.de/politik/inland/?a2004050315450435187>

#### **Ökonomische Argumentation gegen Studiengebühren**

[http://www.rs.uni-greifswald.de/bwl/pdf/1998/04\\_1998.pdf](http://www.rs.uni-greifswald.de/bwl/pdf/1998/04_1998.pdf)

#### **Aktionsbündnis gegen Studiengebühren - Argumente gegen Studiengebühren**

[http://abs-bund.de/\\_blobs/72/407edaf8\\_1.pdf](http://abs-bund.de/_blobs/72/407edaf8_1.pdf)

#### **Aktionsbündnis gegen Studiengebühren - Ein Blick nach Australien**

<http://www.abs-bawue.de/hintergrund/0021/>

Die Links zum Artikel findet ihr auch im Online-Angebot des ASTa unter [www.asta-paderborn.de](http://www.asta-paderborn.de) in der Rubrik Presse/Publikationen.

## **CDU-NRW stellte Entwurf für Studiengebührenmodell vor**

**Manfred Kuhmichel, hochschulpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion zu Gast im Audimax**

**Paderborn (gm) Am Mittwoch, den 5. Mai stellte der hochschulpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Manfred Kuhmichel, auf Einladung des RCDS-Paderborn und der Jungen Union Paderborn den Entwurf des CDU-Studiengebührenmodells vor, und nahm Stellung**

**zu aktuellen, hochschulpolitischen Fragen.**

Zunächst verwies Kuhmichel auf den aktuellen Investitionsstau in Höhe von rund 2 Mrd. Euro in NRW hin. Viele Universitäten würden unter chronischer Unterfinanzierung leiden und es können viele,

längst überfällige Investitionen nicht getätigt werden. Deswegen hielte es die CDU für unumgänglich, das die Studierenden das Bildungssystem mit finanzieren. Dies solle über nachgelagerte Studiengebühren erfolgen, deren Gebührenaufkommen vollständig bei den Hochschulen zur eigen-

verantwortlichen Verwendung verbleiben soll.

Kernpunkt ist, das jede/r Studierende an den Universitäten bis zu 250 € und an den Fachhochschulen bis zu 150 € pro Semester bezahlen muss. „Ob die Universitäten / FH den vollen Betrag einziehen wol-

len, entscheiden sie selbst“, so Kuhmichel, „denn so soll der Wettbewerb zwischen den Universitäten gefördert werden“. Dabei hat die Höhe der standortabhängigen Gebühr keinen Einfluss auf die Höhe der Landesförderung. Die Gebühr soll von den Studierenden erst nach dem Studium und dem Einstieg ins Berufsleben über einen Zeitraum von ca. zehn Jahren zurückbezahlt werden. BAFöG Empfänger müssen keine Gebühren bezahlen. Als Rechenbeispiel führte Kuhmichel auf, dass die spätere monatliche Belastung für ein zwölf semestriges Studium monatlich unter 30 € liegen würde. Damit den Hochschulen sofort Mittel zur Verfügung stehen und nicht mehrere Jahre bis zur ersten Rückzahlung gewartet werden muss, sollen die Banken in Vorleistung gehen. „Erste Gespräche habe es bereits gegeben“, so Kuhmichel. Die Abwicklung sollen die Studentenwerke, wie jetzt auch schon beim BAFöG, übernehmen.

Auch die ZVS soll mittelfristig abgeschafft und in eine Dienstleistungsagentur überführt werden, welche die Aufgabe hat, die Abwicklung der Auswahlverfahren zu koordinieren. Die Hochschulen sollen sich ihre Studierenden, als auch die

Studierenden ihre Hochschule selbst aussuchen können. Somit sollen die Hochschulen in die Pflicht genommen werden, optimale Voraussetzungen für ein optimales Studium zu gewährleisten. Die Hochschulen sollen auch aus dem Gebührenaufkommen Stipendienfonds aufbauen, um



v.l.n.r.: Gerald Mombauer (AStA), Manfred Kuhmichel (CDU), Michael Köster (RCDS)

bestimmten Studierenden die Gebühren ganz oder teilweise zu erlassen.

Als eine der ersten Maßnahmen kündigte Kuhmichel für den Fall des Wahlerfolges der CDU-NRW die sofortige Abschaffung des jetzigen Studiengebührenmodells der Rot/Grünen Landesregierung an. „Dieses Modell bringt den Hochschulen keinen einzigen Cent“, so Kuhmichel.

In der anschließenden Frageunde stellte sich der hoch-

schulpolitische Sprecher der CDU-NRW den Fragen der rund 50 interessierten Studierenden.

Der AStA-Referent für Hochschulpolitik, Sven Brönstrup, zog dabei Vergleiche mit dem dem 1989 eingeführten australischen Studiengebührenmodell das ebenfalls mit einem

Betrag von 250 australischen Dollar begann. „Bereits 8 Jahre später betragen die Gebühren ca. 6000 Dollar und dieses Jahr sei eine weitere Erhöhung um 25% auf 7500 Dollar geplant“. Weiter wollte er wissen, welche Garantien es seitens der CDU-Landesregierung geben würde, dass die Landesförderung nicht in dem Maße zurückgefahren würde, wie die Hochschule Studiengebühren einfordere. „Dies solle über Verträge mit

den Hochschulen erfolgen“, so Kuhmichel.

Auch wurde angemerkt, dass der Verwaltungsaufwand für die Abwicklung einen nicht zu vernachlässigenden Anteil der Gebühren aufzehren würde. So würde von den geplanten 100 Mio. € abzüglich des Verwaltungsaufwandes nicht der Betrag übrig bleiben, der den Hochschulen die benötigten Mittel beschere. Auch wenn dem nicht so sein sollte, müssten sich schlussendlich 58 Hochschulen 100 Mio. € teilen. Ob das dem Investitionsstau von rund 2 Mrd. € merklich abbauen wird, sei angezweifelt. Auch die Forcierung der Drittmittelwerbung wird dem nicht spürbar entgegen wirken. Daraus resultiert auch die Forderung des AStA, von den verschiedenen Studiengebührenmodellen Abstand zu nehmen und für eine solide Umsetzung des Bologna-Prozess als auch dem umstrittenen Hochschulkonzept 2010 zu sorgen. Schließlich müsse dem Land auch bewusst werden – und das nicht nur mit Worten – wo seine Zukunft liegt: In der Steinkohleindustrie oder in zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen.

## Grosse Eurobiz-Party am 18. Mai in der Uni

**Bier und Sangria für 1,- €, Mixgetränke für maximal 2,- €. Die Plakate in der Uni kündigen es an: Endlich ist es wieder soweit!**

Die legendäre Eurobiz-Party lockt in diesem Semester mit absoluten Niedrigstpreisen. Am Dienstag, den 18.05.04 könnt ihr nicht nur echt spanische Sangria und Bier für jeweils 1,- € trinken, sondern auch günstig Salitos, Wodka Redbull, Rigo oder Jägermeister schlürfen, bis euch

Hörner wachsen. Ihr zahlt für kein Getränk mehr als 2,- €! Für Stimmung sorgt neben DJ Bariggi mit Salsa- und R'n'B-Klängen unser DJ Magnetic. Außerdem gibt es wieder eine Verlosung, deren erster Preis diesmal ein „Palm Tungsten“-Handheld ist.

Am Mittwoch, den 12.05.04 beginnen wir im Mensafoyer mit dem Kartenvorverkauf.

Wir und unsere Austauschstudenten freuen uns auf euch.

**Juliane Kluge, Eurobiz**



## Informationen des ZIT:

### Umstellungen im ZIT - Funknetz und E-Mail

Das Zentrum IT-Dienste (ZIT) stellt zurzeit alle Angebote auf eine einheitliche Verwaltung und Zugangsweise um. Dies betrifft alle Studierenden, die das *hochschulweite Funknetz*, die *Poolräume* oder den *E-Mail-Server* des ZIT verwenden oder verwenden wollen. Dazu solltet Ihr Euch – sofern noch nicht geschehen – möglichst schnell eine *Neue Mailbox freischalten*. Dadurch werden Eure Daten auf das neue System umgestellt, damit Ihr auch weiterhin „kraftvoll studieren“ könnt. Ruft einfach die Web-Seite <https://zit-wwwintern.uni-paderborn.de/benutzerverwaltung> auf und folgt den Anweisungen. Hilfe findet Ihr bei der Benutzerberatung des ZIT im Raum N5.216 oder im Notebook-Café. Wer noch nicht Kunde des ZIT ist, muss sich erstmalig an den Terminals in N2.216 oder N5.216 anmelden (siehe <http://www.zit.uni-paderborn.de/zit/anmeldung.htm>).

#### Selbstadministration über das Web

Die Vorteile der Umstellung liegen für Euch darin, dass ihr Eure Daten und Dienste nun größtenteils selbst administrieren könnt (ebenfalls über die Web-Seite <https://zit-wwwintern.uni-paderborn.de/benutzerverwaltung>). Hier könnt Ihr eine E-Mail-Weiterleitung eintragen, Euer Passwort zentral ändern, das dann für alle genutzten Dienste automatisch angepasst wird, u. v. m.

#### E-Mail

Alle studentischen E-Mail-Nutzer des ZIT wurden bereits zur Umstellung aufgefordert. Leider haben bislang nur wenige von Euch davon Gebrauch gemacht. Eure bisherigen E-Mail-Adresse ([xxx@stud.uni-paderborn.de](mailto:xxx@stud.uni-paderborn.de)) bleibt erhalten und kann, falls sie bereits deaktiviert wurde, durch den Umzug wieder freigeschaltet werden. Der neue E-Mail-Server ZITMAIL bietet viele Vorteile wie Viren- und Spamschutz oder eine Web-Oberfläche. Falls gewünscht, könnt Ihr eine Weiterleitung an Eure bisherige oder andere E-Mail-Adresse ebenfalls über das Web selbst eintragen.

#### Funknetz-Nutzung

Zukünftig könnt und müsst Ihr über das Web auch die für den Zugang zum Funknetz notwendigen *MAC-Adressen*, die Eurem Notebook oder Eurer Funknetzkarte zugeordnet sind, selbst eintragen und pflegen. Die Umstellung ist für alle Nutzer des Funknetzes notwendig, da alle bislang eingetragenen MAC-Adressen dann ihre Gültigkeit verlieren werden. Damit wir Euch demnächst über diese Umstellung informieren können und später alle Nutzer des Funknetzes per E-Mail erreichen können, solltet Ihr möglichst sofort die Umstellung vornehmen.



## „Die Hölle das sind die anderen“

### Jean-Paul Sartres *Geschlossene Gesellschaft* an der Studiobühne Paderborn

Am 19. Mai 2004 hält erneut die Hölle Einzug in die Studiobühne der Universität Paderborn. Nach dem großen Erfolg der Aufführungen im Dezember vergangenen Jahres, entschloss sich das fest in das lokale Kulturangebot integrierte Unternehmen Jean-Paul Sartres *Geschlossene Gesellschaft* wieder auf zu nehmen.

„Drei Verdammte treffen sich in der Hölle in Gestalt dreier Hotelgäste, die in demselben spärlich möblierten Zimmer untergebracht sind: eine Kindsmörderin, eine kriminelle Lesbierin und ein Deserteur. Ihre Strafe besteht darin, dass sie sich ohne jeden Kontakt zur Außenwelt gegenseitig foltern werden.“

So wurde das Stück *Geschlossene Gesellschaft* 1945, ein Jahr nach seiner Uraufführung, im Theaterjahrbuch resümiert. Das zu Beginn der 40er Jahre verfasste Bühnenstück rief einen Skandal hervor. Ganz bewusst wandte sich Sartre darin gegen die von der Vichy-Regierung verordnete Tugendhaftigkeit. Der Eklat änderte jedoch nichts am

großen Erfolg des Einakters. Während der Aufführungen von Mai bis Dezember 1944, kurz vor der Befreiung Paris' durch die Alliierten, warfen die jungen Intellektuellen - intuitiv den Geist der Verweigerung spürend - den Schauspielern das Kostbarste auf die Bühne, was sie besaßen: ihre Zigarettenration...

Sartre schrieb ein Wechselspiel von Solidarität und gegenseitigem Hass, das seine Wirkung durch die schneidende Schärfe und den beißenden, desillusionierenden Ton erhält. Galt es damals - wenngleich in der Fiktion versteckt - als Kritik gegen die Regierung, sehen wir es heute als Klassiker, der zwischenmenschliche Konflikte darstellt.

Die Inszenierung von Wolfgang Kühnhold, dem Leiter der Studiobühne, zeigt Verena Arnhold als Estelle, Katja Surren als Ines, Axell Becker als Garcin und Theodor Meschede als Kellner.

**Premiere am 19. Mai, weitere Aufführungen am 22., 25., 27. und 28. Mai 2004, Beginn jeweils 20 Uhr.**

**Studiobühne Paderborn**



Vi.S.d.P. : Sven G. Brömstrup, ASVA Paderborn, Warburgerstr. 100f, 33098 Paderborn

## Das Hochschulreformweiterentwicklungsgesetz (HRWG) sieht eine weitreichende Novellierung der Hochschulgesetzgebung vor. Allerdings sind ein Großteil der Änderungen kritisch zu sehen.

Das HRWG verfolgt als Ziel, die Autonomie der Hochschulen zu stärken. Allerdings bedeutet dies nach den momentanen Entwurf eine Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf das Rektorat statt hier eine Demokratisierung der Hochschulen voranzutreiben.

Die Struktur der Gruppenhochschule - also die demokratische Organisation der Hochschule, in der die Gruppen der Professoren/-innen, Mitarbeiter/-innen und Studierenden Mitspracherecht haben - wird ebenso aufgegeben wie eine Binnenstruktur mit Entscheidungskompetenzen auf Fakultätsebene.

Zudem werden Weiterbildungsangebote nach der Vorlage kostenpflichtig. Zu den Weiterbildungsangeboten gehören nach dem Entwurf zum HRWG auch schon die inzwischen obligatorischen Masterstudiengänge. Somit wäre das wissenschaftliche Erststudium nicht mehr gebührenfrei.

Im gleichen Zuge wird unter anderem auch vorgeschlagen, Zulassungsbeschränkungen für Studierende aus nicht EU Ländern zu erlassen, Prüfungsbedingungen zu verschärfen, Fristen für das Ablegen von Prüfungen einzuführen.

Bildung und Wissenschaft waren, sind und bleiben gesellschaftliche Werte von allgemeinem und öffentlichem

Interesse und dürfen nicht unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden.

Eine sinnvolle und nachhaltige Entwicklung und Verbesserung der Hochschulen sind wichtiger als die Verfolgung von rein ökonomischem Wettbewerb, die durch HRWG und Hochschulkonzept 2010 vorangetrieben wird.

Deshalb muss der momentane Entwurf zurückgenommen werden. Die Förderung und Einbettung des Gender Mainstreamings, die Gleichstellung von Behinderten, der Mutterschutz und die Definition der Kinderbetreuung als Aufgabe der Hochschule sind sicherlich sinnvolle Punkte im HRWG.

In einer auch aus unserer Sicht notwendigen Reform der Hochschulgesetzgebung sollten diese Punkte berücksichtigt werden. Die Autonomisierung der Hochschulen benötigt einen Ausbau der demokratischen Strukturen, nicht deren Abbau. Hier fordern wir eine Drittelparität in den Hochschulgremien, also die gleichen Rechte für jede Gruppe der Gruppenhochschule.

## Enttäuschung über 21. BaföG-Änderungsgesetz / große BaföG-Reform angekündigt

**Berlin (ab).** Etwa 250.000 Studierende in Deutschland erhalten eine Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BaföG. Das entspricht etwa 23%. Damit ist das BaföG inzwischen einer der wichtigsten Grundpfeiler der Studienfinanzierung, vorallem für Studierende aus sozial-benachteiligten Schichten. Das klingt alles recht gut, dennoch ist das BaföG weit davon entfernt, ein effektives, wirkungsvolles Mittel zur Studienfinanzierung zu sein. Für Anfang Juni kündigt sich nun die 21. gesetzliche Änderung des BaföG an doch erneut kann diese nicht die Hoffnungen, die Studierende daran knüpfen, erfüllen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zieht in seinem letzten BaföG-Bericht (35. BaföG-Bericht vom 26. März 2003), der den Zeitraum von Dezember 2001 bis März 2003 abdeckt, eine durchaus positive Bilanz der letzten großen BaföG-Reform aus dem Jahr 2001. Die Zahl sowohl der Berechtigten als auch der Geförderten ist in Folge der Reform um etwa 14% gestiegen. Wirft man einen genaueren Blick auf die Statistik, so erkennt man jedoch die wichtigste Funktion des BaföG. Die meisten Studierenden, etwa 80%, die eine Förderung beziehen, sind unabhängig von ihrem Elternhaus. Die Förderrichtlinien werden diesem statistischen Fakt allerdings in keiner Weise gerecht. Die Berechnung der Förderhöhe ist abhängig vom Einkommen und Vermögen der Eltern.

Um erst gar keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen - auch in diesem Jahr wird die Bundesregierung

an diesem Grundsatz nichts ändern. Der längst überfällige und von Studierenden mit Nachdruck geforderte Umbau des BaföG zu einer elternunabhängigen sozialen Grundsicherung für Studierende bleibt weiterhin aus. Das Ministerium kündigt jedoch an, gegen Ende des Jahres intensiver über die Themen Auslandsförderung, Einkommensfreibeträge und Bedarfssätze nachzudenken.

### Kleine Änderungen verbergen brisante Details

Das Bildungsministerium überschreibt sein 21. BaföG-Änderungsgesetz mit „Rechtsbereinigung, Klarstellung, Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung“. Das bedeutet im wesentlichen, dass sich für „gewöhnliche“ BaföG-EmpfängerInnen zunächst nichts ändert. Im Detail verbergen sich jedoch sowohl sinnvolle als auch brisante Details.

Sehr begrüßenswert ist, dass ab sofort bei einem Studienfachwechsel innerhalb der ersten beiden Semester, der Wechsel nicht begründet werden muss. Dazu folgt der Gesetzgeber jetzt der sogenannten Regelannahme, dass berechtigte Gründe vorliegen. Dies vereinfacht das Antragsverfahren. Nach wie vor bleibt allerdings eine finanzielle Gleichstellung nach einem Studienfachwechsel weiterhin aus. Die Regelstudienzeit und damit die Förderungshöchstdauer bemisst sich auch in Zukunft nach dem zuerst begonnenen Studium.

### Datenabgleich wird zum Regelfall

Als 2003 die BaföG-Ämter die Daten der Geförderten mit den Finanzämtern abglichen

und so vermeintliche Betrugsfälle aufdecken wollten, war das öffentliche Interesse und auch der Protest dagegen groß. Ohne datenschutz-rechtliche Grundlage wurden Daten übermittelt und abgeglichen. Die Datenschutzbeauftragten der Länder und auch des Bundes schlugen Alarm. Nun möchte die Bundesregierung diesen Datenabgleich nicht nur nachträglich legitimieren sondern das Procedere auch zum Regelfall ausbauen. Bisher wird dies zwar noch geleugnet, allerdings ist die dahingehende Wirkung der Gesetzesänderung unbestritten.

Die Antragsdaten zum Einkommen sollen mit den Finanzämtern und der Rentenkasse abgeglichen werden um Fehlangaben aufzudecken. Technisch wird von den zuständigen Stellen nur zurückgeliefert bei welchen Personen es Abweichungen gibt. Die weitere Ermittlung obliegt komplett dem BaföG-Amt vor Ort. Damit geht nicht nur ein enormer Verwaltungsaufwand einher. Bei den BaföG-Ämtern wird so auch gegen viele Studierende detailliert ermittelt werden, obwohl gar kein Betrug vorliegt. Dies widerspricht in grobem Maße den Datenschutzrichtlinien. Studierende wechseln sehr häufig die Beschäftigungsverhältnisse und können nicht in jedem Fall die Änderungen rechtzeitig den BaföG-Ämtern mitteilen. Das BMBF spricht hier einen Generalverdacht gegen BaföG-EmpfängerInnen aus, der in Praxis und Theorie unhaltbare Zustände auslöst.

### Förderungsausschüsse sollen wegfallen

Die zweite pikante „Entbürokratisierung“ ist die Abschaf-

fung der Förderungsausschüsse. Diese sind als Option im BaföG vorgesehen und können von den BaföG-Ämtern angerufen werden in Fällen wo die Förderungsentscheidung unklar ist. Rechtlich haben diese Ausschüsse keine Befugnis, da die Auslegung der Richtlinien nur dem BaföG-Amt obliegt. In der Praxis ist es oft dazu gekommen, dass Förderungsausschüsse nicht eingerichtet wurden (z.B. gab es in den neuen Bundesländern seit 1990 nur einen einzige Ausschuss).

Die Abschaffung der Option auf die Förderungsausschüsse scheint also zunächst den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Problematisch ist jedoch, dass es keine Alternative gibt, eine „zweite Meinung“ zu kritischen Förderungsentscheidungen zu hören. Dazu ist ein Hochschul- und Studierenden-nahes Gremium dringend notwendig. Reformiert - sicher, aber auf jedenfall existent. Die Einrichtung sollte auch stärker durch die studentische Selbstverwaltung mitgestaltet werden dürfen. Dies würde die Effizienz sicher erhöhen. Die Abschaffung der Förderungsausschüsse kommt also einfach zu früh. Wenn es gelingt ein effizienteres Beratungsgremium einzusetzen, dann können die Förderungsausschüsse ohne weiteres der Vergangenheit angehören.

### Reförmchen bringt Vorteile, enttäuscht aber erneut

Das 21. BaföG-Änderungsgesetz bringt Verbesserungen. Nicht nur die Einführung der Regelannahme beim Studienfachwechsel, sondern auch die Berücksichtigung von Ehepartnern ausländischer BaföG-Berechtigter werden in

der Praxis spürbare Verbesserungen bringen. Die Nachteile sind allerdings ebenso klar. Der/die gläserne BAföG-EmpfängerIn wird eingeführt und die Transparenz sowie Partizipationsmöglichkeiten werden durch den Wegfall der Förderungsausschüsse vermindert.

Der größte Kritikpunkt ist

allerdings das Ausbleiben weitergehender Reformen. Die Vorschläge von studentischer Seite liegen seit Langem vor. Umbau zur elternunabhängigen sozialen Grundsicherung, Berücksichtigung von 400-Euro-MiniJobs, Ausdehnung der Auslandsförderung mindestens auf die Staaten des Bologna-Prozesses, Anhebung

der Vermögensfreibeträge, Ermöglichung späterer Studienfachwechsel und vieles andere wurde dem Ministerium immer wieder nahe gelegt. Geschehen ist bisher nichts.

Das BMBF kündigt an, gegen Ende des Jahres die Themen Auslandsförderung, Einkommensfreibeträge und Bedarfsät-

ze intensiver zu diskutieren. Basis soll der 16. BAföG-Bericht der Bundesregierung sein, der im Herbst erscheinen wird. Es bleibt zu hoffen, dass dann die Forderungen und Argumente der Studierenden berücksichtigt werden.

## Verwaltungsgericht Köln ordnet aufschiebende Wirkung an

### Studiengebühren-Klage in NRW: Verwaltungsgericht Köln ordnet aufschiebende Wirkung an

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 26.04. einen Beschluss bekannt gegeben, indem es dem Eilantrag einer Studentin der Universität zu Köln gegen die Erhebung von Studiengebühren stattgibt. Die Studentin ist eine Musterklägerin des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) und des Landes-ASTen-Treffens (LAT). „Mit der Anordnung der aufschiebenden Wirkung bringt das Gericht Bedenken gegen die Handhabung des Studienkonten- und –finanzierungsgesetz zum Ausdruck“, so Klemens Himpele, Geschäftsführer des ABS.

Im entschiedenen Fall geht es um eine Studentin, die nach zwei Semestern ihren Studiengang gewechselt hatte. Die

Anrechnung dieser Semester ist aus Sicht des Verwaltungsgerichtes nicht zulässig. Das Ministerium hatte den Universitäten vorgeschrieben, die Rechtsauffassung zu vertreten, dass ein solcher Wechsel nur dann nicht angerechnet wird, wenn er nach Inkrafttreten des Studienkonten- und –finanzierungsgesetzes stattgefunden hat. Dies verstößt laut Verwaltungsgericht Köln gegen Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes (Gleichheitsgrundsatz).

Der gefällte Beschluss ist der erste eines Klägers des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren und des Landes-ASTen-Treffens. „Wir gehen davon aus, dass wir auch bei den anderen Klagen und Anträgen gute Chancen haben“, so Ernest Hammerschmidt, Koordinator des Landes-ASTen-Treffens. „Wir hoffen, dass es nun schnell eine Entscheidung in der Hauptsache geben wird, so dass die Studierenden

wenigstens in diesem Punkt wissen, wo sie dran sind.“ Die Begründung des Beschlusses des VG Köln geht ABS und LAT nicht weit genug. „Da wir jedoch in vollem Umfang gewonnen haben, können wir hiergegen kein Beschwerde einlegen“, so Hammerschmidt.

ABS und LAT fordern alle betroffenen Studierenden auf, ihre Studiengebühren zurückzufordern und auf den Beschluss der aufschiebenden Wirkung des VG Köln hinzuweisen. Der Beschluss ist vom 26.04.2004 und hat das Aktenzeichen 6L 721/04. „Wer also nur bezahlen muss, weil er in den ersten beiden Semestern seines Studiums das Fach gewechselt hat, der soll jetzt sein Geld zurückverlangen“, so Himpele.

**ABS-NRW**  
[www.abs-nrw.de](http://www.abs-nrw.de)

## Kongresse

### 3. Kongress Bildung und Gesellschaft in Berlin

**Paderborn (hn).** Vom 20. bis 23. Mai findet an der Berliner TU eine Tagung zu diversen Themenfeldern der Bildungs- und Gesellschaftskritik statt. [www.bildung-und-gesellschaft.de.vu](http://www.bildung-und-gesellschaft.de.vu)

### 2. Bundeskongress studentische Sozialpolitik

Die vielfältigen Themen, welche vom 10. bis 13. Juni in Münster diskutiert werden, gliedern sich in drei Schwerpunkte und betrachtet dabei die Studierendenvertretungen aus drei Sichtweisen. Zum einen

als Selbsthilfeorganisation, als sozialpolitische Vertretung und zum anderen als Bündnispartner.

<http://sozialreferate.fzs-online.org/cat/43/de/>



## Impressum

### Herausgeber

ASTA der Universität Paderborn  
Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit  
Warburger Straße 100  
33098 Paderborn  
<http://asta.upb.de>

Telefon (05251) 60 - 3689  
Fax (05251) 60 - 3175  
E-Mail [presse@asta.upb.de](mailto:presse@asta.upb.de)

### Redaktion

Heiko Nöthen,  
Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

### Autoren

Heiko Nöthen (hn)  
Gerald Mombauer (gm)  
Sven Brönstrup - Starpeak (sp)  
Andreas Bahr (ab)

### Druck

ASTACOPYSERVICE  
der Universität Paderborn

### V.i.S.d.P.

Heiko Nöthen

300 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwertung von Beiträgen oder Abbildungen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung zulässig.

ASTAPADERBORN

# Sommer FESTIVAL 04



**Faschier 0,3l  
1,50 Euro**

**Einlass: 15:30 Uhr Vvk: 12 Euro + Vvk- Geb. / Ak: 15 Euro**  
Vorverkaufsstellen: Ticket-Center, Ticket-Direct, Neue Westfälische, Karstadt, ASTA Lehrmittelshop, ASTA Höxter, ASTA Soest

**Fury in the Slaughterhouse  
JBO · Silbermond · Knorkator · t\_bone  
Eisbrecher · Ria & Band · Toni Kater  
Faded Backlights · Catnap · Zinoba**

**CAPITOL** Area: Sweet Pain · Stickstoff · Kuya Lu · Polished

**DJ-Areas powered by** **REC ON** **RESIDENZ** **ALL STARS CLUB**



**event:ware**  
Technik · Konzepte · Realisation

**bbh**  
Bahnbuss Hochstett GmbH

# Do. 24.06.04

EM-Spielübertragung auf  
Großleinwand im PUB.



Auf dem Campus der Uni Paderborn - [www.asta-partys.de](http://www.asta-partys.de)

